



Bericht des
Finanzmarktstabilitätsgremiums zum
Jahr 2022
gemäß § 13 Abs. 10 FMABG

Inhalt

Management Summary	3
Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen	4
Entwicklung des Bankensektors	4
Entwicklung des Versicherungssektors	6
Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen.....	8
Entwicklung des Wertpapiersektors	9
Tätigkeitsbericht	11
Wohnimmobilienfinanzierungen	11
Gewerbeimmobilienfinanzierungen	12
Systemrisikopuffer und OSII-Puffer	12
Antizyklischer Kapitalpuffer	13
Hebelfinanzierung alternativer Investmentfonds	13
Veröffentlichungen auf der Homepage des FMSG	14
Ausblick	14
Evaluierung der Erreichung der makroprudenziellen Zwischenziele	15
Über das FMSG	17
Aufgaben des FMSG	17
Mitglieder des FMSG	18

Management Summary

Die Tätigkeit des Gremiums war im Jahr 2022 von der Empfehlung für den Einsatz von Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken aus der privaten Wohnimmobilienfinanzierung, der Evaluierung des Systemrisikopuffers (SyRP) und des Puffers für Systemrelevante Institute (OSII) sowie der vierteljährlichen Festlegung des Antizyklischen Kapitalpuffers (AZKP) geprägt.

Das Gremium hat festgehalten, dass die vorausschauenden makroprudenziellen Maßnahmen der letzten Jahre wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Konsequenzen aus den bestehenden Unsicherheiten, die sich neben den Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine auch aus der steigenden Inflation und den damit zusammenhängenden steigenden Zinsen ergeben, mitigiert worden sind. Das spiegelt sich auch im S&P Banking Industry Country Risk Assessment (BICRA) wider, wonach das österreichische Bankensystem zu den stabilsten weltweit zählt. Das FMSG hat der FMA Anfang März 2022 Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken aus der privaten Wohnimmobilienfinanzierung empfohlen. Auch internationale Institutionen wie ESRB, IWF und OECD haben für Österreich diesbezügliche Maßnahmen angeregt. Mit 1. August 2022 traten die Maßnahmen im Rahmen der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-V) in Kraft. Damit wurden die bereits in der 17. Sitzung im September 2018 konkretisierten Vorgaben des Gremiums für eine nachhaltige Wohnimmobilienfinanzierung rechtlich verbindlich gemacht. Auf Basis der Erfahrungen seit Einführung der KIM-V hat das Gremium die FMA Ende des Jahres 2022 um einen Entwurf von Adaptierungen ersucht, die Anfang des Jahres 2023 auch umgesetzt wurden. Gemeinsam mit dem allgemeinen Ausnahmekontingent, dem Ausnahmekontingent für Zwischenfinanzierungen und der Regelung für Kredite von bis zu 100.000 EUR pro Haushalt bietet die Verordnung eine im internationalen Vergleich großzügige Flexibilität.

Darüber hinaus hat das Gremium seine Empfehlungen zum SyRP und OSII-Puffer adaptiert. Dabei wurde insbesondere die Additivität der beiden Puffer gemäß revidierter EU-Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD V) nach der Pandemie-bedingten Begrenzung im Jahr 2020 umgesetzt. Aufgrund der Unsicherheiten wie dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, gestiegenen Energiepreisen und hoher Inflation wurden die additiven Erfordernisse aus Systemrisikopuffer und OSII-Puffer vorerst mit zusätzlich 0,5 Prozentpunkten begrenzt und eine schrittweise Anpassung gewählt.

Das FMSG behielt seine Empfehlung, den Antizyklischen Kapitalpuffer bei 0% der risikogewichteten Aktiva zu belassen, auch im Jahr 2022 aufrecht. Das Gremium wies jedoch darauf hin, dass bei Gewinnausschüttungen im Jahr 2023 umsichtig im Sinne einer vorausschauenden Stärkung der Kapitalbasis agiert werden sollte.

Die Tätigkeit des Gremiums wird durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen zu den Sitzungen sowie Veröffentlichungen von Empfehlungen, Hinweisen und Berichten im Internet auf www.fmsg.at transparent gemacht.

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen

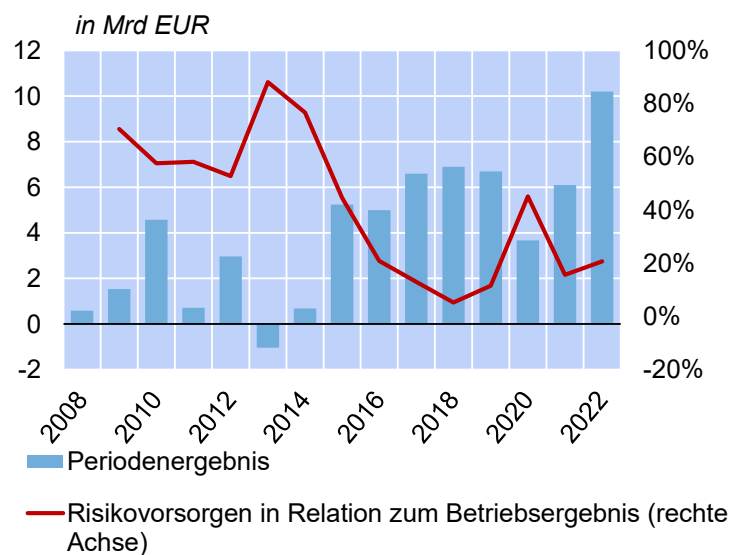
Entwicklung des Bankensektors

Die negativen Auswirkungen der erhöhten Inflation sowie die anhaltenden geopolitischen Spannungen ausgelöst durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine führten im Laufe des Jahres 2022 zu einem Anstieg der Finanzstabilitätsrisiken. Österreich ist auch aufgrund des Engagements der Banken in Zentral- Ost- und Südosteuropa (CESEE) besonders exponiert. Jedoch haben die Bemühungen der österreichischen Banken sowie die vorausschauenden mikro- und makroprudenziellen Maßnahmen der Aufsicht Früchte getragen: So konnten die Eigenmittelausstattung und die Refinanzierungsstrukturen der Banken im längerfristigen Vergleich deutlich verbessert werden, was die Finanzmarktstabilität in Österreich gestärkt hat.

Dies drückt sich auch im S&P Banking Industry Country Risk Assessment (BICRA) aus, wonach das österreichische Bankensystem zu den zehn stabilsten weltweit zählt. Im Jahr 2022 wurden zur Gewährleistung der Resilienz des österreichischen Bankensektors zwei wesentliche makroprudenzielle Maßnahmen gesetzt: (i) das Inkrafttreten nachhaltiger Kreditvergabestandards bei Wohnimmobilienfinanzierungen sowie (ii) die Neufestsetzung makroprudenzieller Kapitalpuffer. Ebendiese Maßnahmen trugen dazu bei, dass S&P das Top-Rating für das österreichische Bankensystems im Februar 2023 bestätigte.

Die Gewinne des österreichischen Bankensektors stiegen auf konsolidierter Ebene im Jahr 2022 im Vorjahresvergleich um 4,1 Mrd EUR auf 10,2 Mrd EUR, wobei sich hier auch Sondereffekte, wie bspw. hohe Gewinne in Russland, niedergeschlagen haben. Die geldpolitische Zinswende im Euroraum und in den CESEE-Ländern wirkte sich bei kurzfristiger Betrachtung positiv über die Zinsergebnisse bzw. -margen aus, was unter anderem auf den im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil variabel verzinsten Kredite in Österreich zurückzuführen ist. Dank des Zinsanstiegs konnten die österreichischen Banken zudem ihre

Profitabilität des österreichischen Bankensektors (konsolidiert)



Quelle: OeNB.

Nettozinssmargen im Vergleich zum Vorjahr auf rund 1,6% im vierten Quartal 2022 verbessern, was auch auf die früheren und stärkeren Zinserhöhungen in CESEE zurückgeführt werden kann. Mittelfristig könnten die geldpolitisch induzierten Zinserhöhungen allerdings auch negative Effekte auf das Kreditwachstum und die Kreditqualität haben. Zudem relativiert sich der außergewöhnlich hohe Anstieg des Periodenergebnisses um 4,1 Mrd EUR aufgrund der eingetrübten Konjunktur, der hohen Inflation einhergehend mit einer zunehmend restriktiven Geldpolitik, sowie aufgrund der russischen Invasion, die die Realisierbarkeit der Gewinne der Tochterbanken in Belarus und Russland aktuell einschränkt. Die Risikovorsorgen im Verhältnis zum Betriebsergebnis sind von Ende 2021 auf Ende 2022 auf knapp 21% angestiegen (+5Pp im Vorjahresvergleich).

Ertragsmäßig spielt für die österreichischen Banken das CESEE-Geschäft weiterhin eine wichtige Rolle. So betrug das aggregierte Periodenergebnis (nach Steuern) im Jahr 2022 5,2 Mrd EUR (2021: 3,0 Mrd EUR). Diese hohen von den Banken gemeldeten Gewinne sind allerdings mit gewissem Vorbehalt zu betrachten, da ein signifikanter Anteil aus Russland stammt.¹ Auch die Kreditqualität verblieb auf hohem Niveau. Der Großteil der Forderungen österreichischer Banken besteht gegenüber EU-Ländern in CESEE: So haben die Tochterbanken in der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien, Ungarn und Kroatien einen Anteil von knapp 80% an der aggregierten Bilanzsumme in der Region. Die Risiken für die Tochterbanken in dieser Region sind angesichts des Ukraine-Kriegs allerdings deutlich gestiegen, was sich in der bereits erwähnten Erhöhung der Risikovorsorgen widerspiegelt.

In Österreich waren sowohl im Wohnimmobilien- und zuletzt insbesondere im Unternehmensbereich hohe Kreditwachstumsraten zu beobachten. Seit dem vierten Quartal 2021 ist der kurzfristige Finanzierungsbedarf zur Deckung der Lagerhaltungs- und Betriebsmittelkosten der wesentliche Treiber. Lieferkettenprobleme veranlassten Unternehmen, vorsorglich ihre Lagerbestände aufzubauen. Im Ergebnis stiegen die Unternehmenskredite im Dezember 2022 im Vorjahresvergleich um 9,2% an. Das Wachstum bei Immobilienkrediten war die letzten Jahre anhaltend hoch (+5,0% im Dezember 2022 im Vorjahresvergleich). Durch die verhältnismäßig starken Anhebungen der EZB-Leitzinsen zeichnete sich eine Umkehr bei den Kundenzinssätzen ab; infolgedessen gingen die Neukreditvergaben für die Immobilienkredite seit dem zweiten Halbjahr 2022 deutlich zurück. Das Kreditwachstum bei nichtfinanziellen Unternehmen schwächte sich erst gegen Jahresende 2022 ab.

Die im Zuge der Pandemie ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen in Österreich (einschließlich Kreditmoratorien) trugen zur Hintanhaltung größerer Kreditausfälle bei. Dadurch sowie aufgrund des erhöhten Kreditwachstums blieb die konsolidierte Quote notleidender Kredite (NPL-Quote)

¹ Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurden Sanktionen gegenüber Russland verhängt. Russland hat Gegensanktionen gesetzt und die Einführung von Kapitalverkehrsbeschränkungen vorgenommen. Diese führten im Ergebnis zu Restriktionen in der Transferierbarkeit von Liquidität und Kapital (inkl. Dividenden). Die Geschäftszahlen für in Russland tätige Banken wurden insbesondere aufgrund der Wechselkursentwicklungen und der Maßnahmen der russischen Zentralbank beeinflusst.

weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau von 1,7%. Zudem blieb der Anteil der Kredite, bei denen die Banken mit einem möglichen Ausfall rechnen, im Jahr 2022 weiter gering. Der Ausblick für das Kreditrisiko ist allerdings angesichts des wirtschaftlichen Umfelds eingetrübt. Die von den österreichischen Banken auf konsolidierter Ebene verbuchten Risikovorsorgen haben sich Ende 2022 im Vorjahresvergleich nahezu verdoppelt.

Die harte Kernkapitalquote (CET1-Ratio) lag im Dezember 2022 bei 16,3 % und war damit sogar etwas besser als im Vorjahr, als sie 16,0% betrug. Diese Entwicklung erklärt sich vorrangig durch das gegen Jahresende abflauende Kreditwachstum (gesunkene risikogewichtete Aktiva) und die vergleichsweise gute Profitabilität. Gleichzeitig sind aber auch die Gewinnausschüttungen wieder gestiegen. Die OeNB hat in ihrem Financial Stability Report vom November 2022 angesichts des eingetrübten makroökonomischen Umfelds die Empfehlung zu einer nachhaltigen und vorausschauenden Stärkung der Kapitalbasis, insbesondere durch Zurückhaltung bei der Gewinnausschüttung, abgegeben. Dies ist auch wichtig, da die Kapitalisierung der österreichischen Großbanken im Vergleich mit anderen Ländern des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) nach wie vor unterdurchschnittlich ist: Die österreichischen Banken sind im SSM-Vergleich per Dezember 2022 bei der Profitabilität zwar deutlich über dem Durchschnitt (was u.a. auf die hohen, aber mit Bedacht zu sehenden, in Russland verzeichneten Gewinne zurückzuführen ist) – so lag der RoA der österreichischen SIs bei 1,1%, der SSM-Durchschnitt bei 0,5% – was die CET1-Ratio betrifft sind die österreichischen Banken jedoch unterdurchschnittlich (AT: 15,0% und SSM: 15,3%). Eine hohe Resilienz, aufbauend auf einer nachhaltigen Kreditvergabe und Geschäftspolitik sowie einer gestärkten Kapitalbasis, sind zentrale Faktoren zur Sicherstellung der Intermediationsfunktion (insb. Versorgung der Realwirtschaft mit Krediten und anderen Finanzdienstleistungen) des österreichischen Bankensektors.

Entwicklung des Versicherungssektors

Nach einer, teilweise durch Einmaleffekte bedingten, stark positiven Entwicklung im Berichtsjahr 2021 verzeichneten die österreichischen Versicherungsunternehmen im Jahr 2022 eine gegenläufige Entwicklung, die sich insbesondere in ihrem negativen Finanzergebnis und einem starken Abschmelzen stiller Reserven widerspiegelt. Diese Ergebnisse sind zu einem großen Teil dem makroökonomischen Umfeld geschuldet in dem eine hohe Inflation, eine stark geänderte Geldpolitik der Zentralbanken sowie eine hohe Volatilität in den Finanzmärkten bei gleichzeitig geringeren Wachstumsprognosen in Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine das Niedrigzinsumfeld als dominierendes Risiko abgelöst haben. Die gestiegenen Zinsen bedingten zwar in Summe einen Anstieg der Solvenzgrade, belasteten jedoch gleichzeitig die Finanzergebnisse der Unternehmen über ein Abschmelzen der stillen Reserven. Dabei kam es zu einer divergenten Entwicklung zwischen den Bilanzierungsformen nach Solvency II (marktwertorientiert) und UGB (anschaffungskostenorientiert). Während die gestiegenen Zinsen auch weiterhin Ertragschancen bei der Wiederveranlagung bieten, und die Belastung bestehender Vermögen durch Preiskorrekturen

bereits realisiert ist, ist eine Gefährdung von Massenstornos durch die Eröffnung alternativer Anlagemöglichkeiten zwar realistisch aber derzeit nicht absehbar.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT), welches sich aus dem versicherungstechnischen Ergebnis, dem Finanzergebnis und sonstigen Aufwendungen und Erträgen zusammensetzt, belief sich mit Ende 2022 auf rund 967 Mio EUR. Dies entspricht einem Rückgang von rund 975 Mio EUR oder 50,2% gegenüber 2021, wovon 861 Mio EUR auf die Sparte „Schaden/Unfall“, 93 Mio EUR auf „Kranken“ und 20,9 Mio EUR auf „Leben“ entfielen. Dieser deutliche Rückgang resultierte primär aus dem negativen Finanzergebnis von -902 Mio EUR während der Rückgang im versicherungstechnischen Ergebnis mit -182 Mio EUR moderater ausfiel. Insgesamt verbleibt das Markt-EGT im positiven Bereich und rund 30% höher als im Krisenjahr 2020. Das Finanzergebnis, d.h. Kapitalanlage- und Zinserträge abzüglich Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen, welches um 902 Mio EUR bzw. 29,3% zurückging, belief sich im Jahr 2022 auf 2,18 Mrd EUR. Dieses Ergebnis resultierte aus einem leichten Anstieg der Kapitalerträge (+9,85%) bei einem gleichzeitigen starken Anstieg der Kapitalaufwendungen (+113%) wobei diese Kennzahl stark von Abschreibungen in Folge des Zinsanstiegs getrieben wird.

Die stillen Nettoreserven (ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherung sowie die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge) betragen Ende Dezember 2022 10,8 Mrd EUR. Ende 2021 lag der Wert bei 24,1 Mrd EUR was einem Rückgang von 55,3% entspricht. Dieser Rückgang speist sich primär aus der Neubewertung der Anleihenportfolios der Versicherungsunternehmen im Zuge des starken Zinsanstiegs. Der Solvabilitätsgrad (SCR) österreichischer Versicherungsunternehmen bewegte sich im europäischen Vergleich weiterhin auf hohem Niveau. Rund 87,9% der Versicherungsunternehmen wiesen einen Solvabilitätsgrad (SCR) über 200% auf, zum Jahresende 2022 betrug der Median 244% was einem nochmaligen Anstieg gegenüber dem Vorquartal mit einem Median von 235% entspricht. Dies begründet sich darin, dass die gestiegene Zinskurve den Barwert zukünftiger Versicherungsleistungen stärker reduziert, als den Marktwert der dafür gehaltenen Kapitalanlagen (duration gap). Die Summe aller Assets zu Marktwerten (exkl. Kapitalanlagen der fondsgebundenen und indexgebundenen Lebensversicherung) lag Ende 2022 bei 102 Mrd EUR, und damit um 14,4 Mrd EUR bzw. 14,1% unter dem Wert zum Jahresende.

Die verrechneten Prämien im österreichischen Versicherungssektor stiegen im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahrjahreszeitraum um 5,3% auf 20,8 Mrd EUR wobei diese Steigerung zum überwiegenden Teil auf Indexanpassungen der vertraglichen Prämien zurückzuführen. Im Mittel der Branche beträgt der Anteil der Prämiensteigerung aus der Indexanpassung zwischen 50% und 75%. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick der Entwicklung der Prämienvolumina nach Bilanzabteilungen.

Entwicklung der verrechneten Prämien (Gesamtrechnung)

Mio EUR	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Veränderung 2021-2022
Schaden/Unfall	10.197	10.697	11.026	11.31	11.833	12.849	+8,59%
Leben	5.782	5.574	5.424	5.360	5.390	5.338	-0,97%
<i>hv. fonds- und indexgebunden</i>	<i>1.363</i>	<i>1.329</i>	<i>1.259</i>	<i>1.364</i>	<i>1.445</i>	<i>1.495</i>	+3,46%
Kranken	2.139	2.230	2.340	2.433	2.541	2.628	+3,42%
Gesamt	18.118	18.500	18.789	19.10	19.764	20.815	+5,32%

Quelle: FMA

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen zum Jahresende 2022 16,9 Mrd EUR; das entspricht einer Erhöhung von 2,4% gegenüber dem Vorjahr. Getrieben wurde dieser Anstieg primär durch eine deutliche Zunahme der Aufwendungen im Bereich der Krankenversicherung, welche um 19,7% im Jahresvergleich stiegen. Dieser Anstieg begründet sich weitgehend mit dem Nachholen von, bedingt durch die Pandemie und den entsprechenden Schutzmaßnahmen, aufgeschobenen Behandlungen und Therapien. Veränderungen in den Bereichen Schaden/Unfall sowie in der Lebensversicherung fielen mit plus 2,5% bzw. plus 0,4% deutlich geringer aus.

Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen

Im abgelaufenen Berichtsjahr verzeichneten sowohl die österreichischen Pensionskassen (PK) als auch die Betrieblichen Vorsorgekassen (BVK) negative Veranlagungsergebnisse. Diese Ergebnisse gehen einher mit einer Ablöse des Niedrigzinsumfeldes als dominierendes Risiko und reflektieren sowohl die Kapitalmarkturbulenzen in Folge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine als auch den Einfluss geldpolitischer Maßnahmen gegen die anhaltend hohe Inflation. Während die gestiegenen Zinsen zwar Chancen auf höhere Renditen bei festverzinslichen Wertpapieren boten, belasteten sie zunächst die Vermögen durch sinkende Preise bestehender Veranlagungen und bedingten unmittelbar höhere Finanzierungskosten.

Die Vermögensveranlagung aller Pensionskassen zusammen erzielte im Jahr 2022 ein Veranlagungsergebnis von -9,7%. Über die letzten zehn Jahre errechnet sich somit eine durchschnittliche Performance von +3,1% pro Jahr. Die Jahresperformance der Pensionskassen lag dabei je nach Risikodisposition der Veranlagung zwischen -6,2% und -11,2%. Das verwaltete Vermögen der österreichischen Pensionskassen betrug zum Jahresende 2022 rd. 24,4 Mrd EUR und verringerte sich somit um 9,7% gegenüber Ende 2021. Veranlagt war das Vermögen mit Ende Dezember 2022 wie folgt: 34,2% entfielen auf Schuldverschreibungen, 36,8% auf Aktien, 8,7% auf Bankguthaben, 7,1% auf Immobilien und 13,1% auf sonstige Vermögenswerte. Damit stieg der

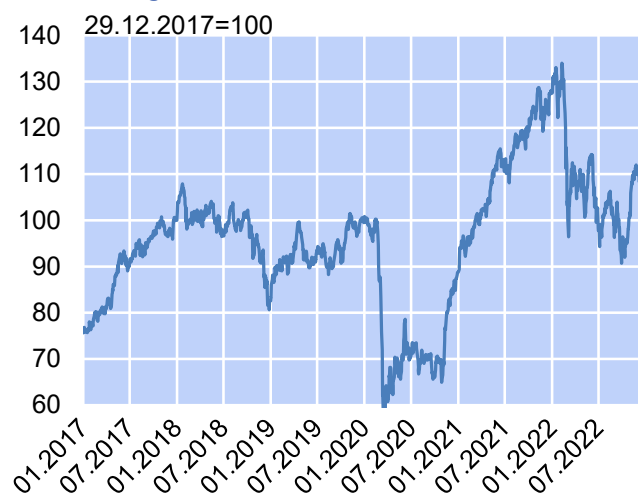
Anteil von Schuldverschreibungen, Immobilien und Bankguthaben im Jahresvergleich, während sich der Anteil von Aktien und sonstigen Vermögenswerten reduzierte. Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg bis Ende Dezember 2022 auf etwas über 1 Million Personen, wovon etwa 13,1% bereits eine Pensionsleistung bezogen.

Auch bei den Betrieblichen Vorsorgekassen (BVK) war ein negatives Veranlagungsergebnis von -7,7% im Gesamtjahr 2022 zu verzeichnen. Über die letzten zehn Jahre errechnet sich somit eine durchschnittliche Performance von +1,3% pro Jahr. Die Jahresperformance der BVK lag dabei je nach Risikodisposition der Veranlagung zwischen -4,7% und -10,5%. Das verwaltete Vermögen stieg im Jahresvergleich trotz Marktwertverlusten durch die laufenden Beiträge leicht um 0,9% auf 16,6 Mrd EUR. Die Asset Allokation war zum Ende des vierten Quartals 2022 stabil, wobei Anleihen mit 61,6% den weitaus größten Teil der Assets ausmachten, gefolgt von 12,5% Bankguthaben, 10,4% Aktien und 7,10% Immobilien.

Entwicklung des Wertpapiersektors

Die Finanz- und Kapitalmärkte waren im Jahr 2022 geprägt von anhaltend großer Unsicherheit und Volatilität bedingt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, damit einhergehend die Furcht vor einer drohenden Energiekrise im Winter, einer hohen Inflation und geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken. Diese neuen Risiken lösten damit die ausklingende Pandemie und das Nullzinsumfeld als dominierende Risikofaktoren ab und sorgten für ein überwiegend durchwachsendes Jahr an den Börsen².

Entwicklung des ATX Total Return



Quelle: Refinitiv

Der Austrian Traded Index Total Return (ATX TR) beendete das Jahr mit einem Rückgang von -15,9% bei rd. 6.597 Punkten. In Deutschland fiel der DAX im Berichtszeitraum um -12,3%. In den USA verzeichnete der S&P 500 Composite einen Rückgang von -18,1%. Die Marktkapitalisierung des österreichischen Aktienmarktes erreichte zum Jahresende 2022 rund 115 Mrd EUR, wohingegen der Wert Ende 2021 bei rund 142 Mrd EUR lag. Die Handelsumsätze³ im equity market (über alle

² Performanceangaben zu Aktienindizes in diesem Abschnitt werden aus den Total Return Indizes berechnet.

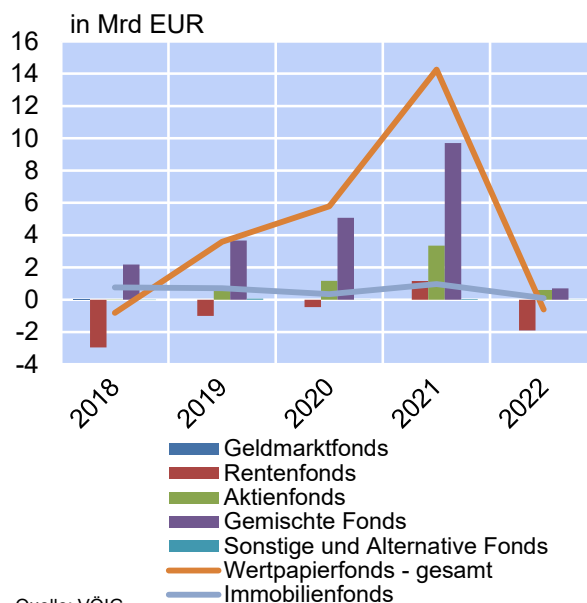
³ Umsatz bei Doppelzählungen (Käufe und Verkäufe)

Marktsegmente) erreichten im abgelaufenen Jahr 72,9 Mrd EUR und lagen damit rd. 0,4 Mrd EUR unter dem starken Wert des Vorjahres.

Zwei Unternehmen am geregelten Markt, die Bank für Tirol und Vorarlberg (BTV) AG und CLEEN Energy AG, führten im abgelaufenen Jahr Kapitalerhöhungen durch. Der Umfang dieser beiden Kapitalmaßnahmen belief sich auf 115 Mio EUR für die BTV AG und 7 Mio EUR für die CLEEN Energy AG, berechnet zum jeweils ersten Preis.⁴ Mit der PIERER Mobility AG gab es im März 2022 eine Neunotierung im geregelten Markt. Nach einem Höchstwert von acht Listings im Jahr 2021 wurden im Berichtszeitraum 2022 vier neue Listings im direct market plus-Segment gemeldet. Bei den Anleihen ist das Volumen österreichischer Emittenten um rd. 10,7 Mrd EUR zurückgegangen. Diese Veränderung im Aggregat setzt sich zusammen aus einem Volumenrückgang von -28,2% bei Bundesanleihen, sowie -40,5% bei Industrieanleihen und einem Anstieg von +17,8% bei Anleihen aus dem Finanzsektor.

Österreichische Wertpapierfonds verzeichneten im Gesamtjahr 2022 akkumulierte Nettomittelabflüsse in Höhe von 501 Mio EUR. Insgesamt belief sich das verwaltete Vermögen der heimischen Fonds zum Jahresende auf 199 Mrd EUR, was einem Rückgang von -13,8% bzw. 32 Mrd EUR gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Verteilung der Nettomittelabflüsse bzw. Nettomittelzuflüsse war im Jahr 2022 über die Fondskategorien hinweg sehr heterogen. Bei den Rentenfonds betragen die Nettoabflüsse rund 1,9 Mrd EUR. Nach einem positiven Ausreißer im Vorjahr setzt sich damit der mehrjährige Trend von Nettomittelabflüssen bei Rentenfonds unvermindert fort. Im Gegenzug konnten Mischfonds Zuflüsse in Höhe von 702 Mio

Nettomittelzuflüsse bei Investmentfonds



EUR verzeichnen, gefolgt von Aktienfonds mit Nettozuflüssen von 603 Mio EUR. Obwohl positiv liegen diese Werte deutlich unter jenen der Vorjahre und reichen nicht aus um die deutlichen Kurswertrückgänge im 1. Halbjahr 2022 in den Fondsvermögen zu kompensieren. Veranlagungen in sonstige und alternative Fonds verzeichneten Abflüsse in Höhe von 5,45 Mio EUR. Mit einem Anteil von 46,9% am gesamten verwalteten Fondsvermögen lagen Mischfonds zum Jahresende 2022 weiterhin vor den Rentenfonds mit 29% (inkl. kurzfristig orientierter Rentenfonds) und deutlich vor den Aktienfonds mit 18,3%. Immobilienfonds konnten ihre starken Nettomittelzuflüsse der vergangenen Jahre nicht aufrechterhalten, verzeichneten jedoch 2022 weiterhin Nettomittelzuflüsse

⁴ Wiener Börse, Kapitalerhöhungen 2022

von 99 Mio EUR. Das verwaltete Vermögen verharrte in dieser Fondskategorie mit Ende Q4 2022 bei rd. 11 Mrd EUR und bleibt damit weiterhin sechsmal höher als Ende 2008. Der Anteil von Immobilienfonds am gesamten verwalteten Fondsvermögen stieg auf rund 5,54%.

Tätigkeitsbericht

Das FMSG hat im Jahr 2022 vier Sitzungen (31. bis 34. Sitzung) abgehalten. Die Sitzungen fanden am 1. März, 16. Mai, 12. September und 5. Dezember statt.

Die vorausschauenden makroprudenziellen Maßnahmen der letzten Jahre haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Konsequenzen aus den bestehenden Unsicherheiten effektiv mitigiert werden. Zu diesen Maßnahmen gehören neben den makroprudenziellen Kapitalpuffern und nachhaltigen Vergabestandards in der Wohnimmobilienfinanzierung vor allem auch die bereits vor der Etablierung des FMSG erfolgten Initiativen zur Reduktion der Fremdwährungskredite und das Nachhaltigkeitspaket zur Reduktion der Liquiditätstransfers an Tochterbanken im Ausland. Die erfolgte Stärkung der Einlagensicherungen stellen weitere wichtige Komponenten innerhalb des integrierten Ansatzes der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich dar. So hat auch die Einlagensicherung ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Im Ergebnis hat dieser Gesamtansatz die Resilienz des österreichischen Finanzsystems gestärkt und damit die Finanzierung der Realwirtschaft auch in Zeiten der Pandemie und des russischen Angriffskriegs in der Ukraine sichergestellt. Das Gremium hat aber auch Risiken für Kreditqualität, Ertragslage und Refinanzierungskonditionen aus Zweitrundeneffekten, erhöhten Inflationsraten und abrupten Zinsanstiegen identifiziert.

Wohnimmobilienfinanzierungen

In seiner 31. Sitzung hat das FMSG der FMA empfohlen, eine maximale Beleihungsquote in Höhe von 90%, eine Schuldendienstquote in Höhe von 40% und eine Laufzeitbeschränkung in Höhe von 35 Jahren für die private Wohnimmobilienfinanzierung zu verordnen, nachdem die vom FMSG im Jahr 2018 veröffentlichte Leitlinie zu keiner Verbesserung der Vergabestandards geführt hatte. Begleitend wurde ein Ausnahmekontingent in Höhe von insgesamt 20% festgelegt, um den Kreditinstituten ausreichend Flexibilität zu gewährleisten. Mit 1. August 2022 traten die Maßnahmen im Rahmen der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-V) in Kraft. Damit wurden die bereits in der 17. Sitzung im September 2018 konkretisierten Vorgaben des Gremiums für eine nachhaltige Immobilienfinanzierung rechtlich verbindlich gemacht. Primäres Ziel dieser kreditnehmer:innenbezogenen Maßnahmen ist die präventive Adressierung von im Aufbau befindlichen systemischen Risiken und damit die Mitigierung von Verlusten aus dem Kreditgeschäft. Zudem schützen diese Maßnahmen Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer vor den Konsequenzen einer Überschuldung. Die Maßnahmen reduzieren die exzessiven Aspekte der Immobilienkreditvergabe, wie zu geringe Besicherung, zu hoher Schuldendienst und zu lange Laufzeiten. Internationale Erfahrungen zeigen, dass Finanzkrisen im Zusammenhang mit Immobilienkrisen hohe Wohlstandsverluste mit sich bringen können. Österreich ist in den letzten Jahrzehnten von einer Immobilienkrise verschont geblieben. Die empfohlenen Maßnahmen sollen

einen entsprechenden Beitrag dazu leisten. Zudem bestätigen empirische Studien die Effektivität von kreditnehmer:innenbezogenen Maßnahmen in der Verminderung von systemischen Risiken. Dementsprechend hatten auch 24 von 30 EWR-Ländern bereits vergleichbare Maßnahmen gesetzt.

Das FMSG beobachtet die Auswirkungen der empfohlenen Maßnahmen kontinuierlich. In seiner 34. Sitzung stellte das Gremium fest, dass es in den Monaten seit Inkrafttreten der KIM-V zu deutlichen Rückgängen der Neukreditvergabe gekommen, das Jahreswachstum der Wohnimmobilienkredite aber trotzdem sehr hoch geblieben ist – und zwar sowohl im historischen als auch im europäischen Vergleich. Die Anstiege der Zinssätze und Inflationsraten haben vor dem Hintergrund weiterhin hoher Immobilienpreise die Leistbarkeit von Immobilienfinanzierungen reduziert. Eine Überschuldung der Haushalte ist aus Sicht des FMSG jedoch keine nachhaltige Lösung für dieses Leistbarkeitsproblem. Dazu kommt die deutlich gestiegene Unsicherheit über die allgemeine Wirtschaftsentwicklung. Dementsprechend sind Rückgänge der Immobilienkreditvergabe nicht nur in Österreich, sondern auch in den meisten anderen europäischen Ländern und weltweit zu beobachten. Die zahlreichen Rückmeldungen aus der Bevölkerung, Wirtschaft und Politik wurden in der letzten Sitzung des Jahres 2022 thematisiert. Infolge ersuchte das Gremium die FMA um Ausarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der KIM-V bezüglich kurzfristiger Zwischenfinanzierungen zum Erwerb einer neuen Immobilie in Verbindung mit der Veräußerung einer bereits vorhandenen Immobilie sowie bezüglich nicht-rückzahlbarer Zuschüsse von Gebietskörperschaften, welches auch zu Beginn des Jahres 2023 im Rahmen einer Novelle der KIM-V umgesetzt wurde. In Summe bietet die Verordnung eine im internationalen Vergleich großzügige Flexibilität.

Gewerbeimmobilienfinanzierungen

Neben den Risiken aus den privaten Wohnimmobilienfinanzierung hat sich das FMSG im Jahr 2022 auch mit den Risiken aus gewerblichen Immobilienfinanzierungen auseinandergesetzt. Es hat festgestellt, dass der Anteil von Gewerbeimmobilienfinanzierungen an der Geschäftstätigkeit der österreichischen Banken zwar geringer als jener von Wohnimmobilienfinanzierungen geblieben war, allerdings auch für dieses Segment ein deutlicher Anstieg des Kreditwachstums beobachtet werden konnte. Auch wenn die Ratingmigrationen im Verlauf des Jahres 2022 noch nicht auffällig gewesen waren, hat das Gremium vor dem Hintergrund hoher Inflation, steigender Zinsen und getrübtter Wachstumsaussichten auf die Notwendigkeit angemessener Immobilienbewertungen und adäquater Risikoversorgen hingewiesen. Eine Verbesserung der Datenlage im Segment der Gewerbeimmobilien bringt die vom FMSG angeregte „GIMPI“-Erhebung⁵, in deren Rahmen erstmals Daten angeliefert wurden.

Systemrisikopuffer und OSII-Puffer

In seiner 32. Sitzung hat das FMSG die Evaluierung von Systemrisiko- und OSII-Puffer begonnen. Dabei würdigte das Gremium die positiven Effekte der Pufferentscheidungen der letzten Jahre, die wesentlich zu einer erhöhten Risikotragfähigkeit des österreichischen Bankensektors beigetragen haben. Allerdings wurde auch festgestellt, dass die strukturellen Systemrisiken weiter bestehen und zudem die Kapitalausstattung der österreichischen Banken im europäischen Vergleich

⁵ Meldeverordnung GIMPI 2022, BGBl. II Nr. 425/2021.

unterdurchschnittlich geblieben ist. In der darauffolgenden 33. Sitzung hat das FMSG die Empfehlungen adaptiert. Dabei wurde insbesondere beschlossen, die Additivität der beiden Puffer gemäß revidierter EU-Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD V) nach der Pandemie-bedingten Begrenzung im Jahr 2020 nun effektiv werden zu lassen. Festgehalten wurde, dass sich die beiden Puffer in ihrer Wirkung insofern ergänzen, als der kombinierte Einsatz eine Reduktion der jeweiligen Puffer erlaubt. Die neuen Pufferanforderungen adressieren die erhöhten Systemrisiken effektiv, in dem sie die Kapitalisierung der österreichischen Banken auch im internationalen Vergleich verbessern und so im Ergebnis zum Top-Rating des österreichischen Bankensystems beitragen. Dadurch wird die Intermediationsfunktion des österreichischen Bankensystems und damit die Refinanzierung der Realwirtschaft auch in Zeiten potenzieller Stresssituationen sichergestellt. Die Unsicherheiten aus der Covid 19-Pandemie sind zwar zurückgegangen, aber neue Unsicherheiten wie der russische Angriffskrieg in der Ukraine, gestiegene Energiepreise und hohe Inflation dazu gekommen. Daher sprach sich das Gremium dafür aus, die additiven Erfordernisse aus Systemrisikopuffer und OSII-Puffer vorerst mit zusätzlich 0,5 Prozentpunkten zu begrenzen und eine schrittweise Anpassung im Ausmaß von 0,25 Prozentpunkten pro Jahr, bis die volle Höhe der Puffer erreicht ist, vorzunehmen. Das FMSG erwartete durch die höheren Kapitalpuffer keine signifikanten Auswirkungen auf die Kreditversorgung, was sich auch schon bei vorangegangenen Pufferentscheidungen – sowohl in Österreich als auch in anderen EU-Ländern – gezeigt hat.

Antizyklischer Kapitalpuffer

Das Gremium empfahl im Jahr 2022 den Antizyklischen Kapitalpuffer bei 0% zu belassen. Der Hauptindikator zur Kredit-BIP-Lücke hatte sich sehr volatil entwickelt, wobei das hohe BIP-Wachstum seit Ende der Pandemie ein entscheidender Treiber war. Zuletzt lag er wieder unter der relevanten 2%-Schwelle. Zusätzliche Indikatoren zur Fehlbeurteilung von Risiken, Solidität der Bankbilanzen und Entwicklung von Unternehmenskrediten zeigten erhöhte zyklische Risiken im Finanzsystem an. Durch die deutlich gestiegene Volatilität des BIP-Wachstums verringerte sich in den Analysen im Jahr 2022 die Aussagekraft des Hauptindikators. Vor dem Hintergrund hoher Unsicherheiten bzgl. des wirtschaftlichen Ausblicks wies das Gremium in der 34. Sitzung darauf hin, dass bei Gewinnausschüttungen im Jahr 2023 umsichtig im Sinne einer vorausschauenden Stärkung der Kapitalbasis agiert werden sollte.

Hebelfinanzierung alternativer Investmentfonds

Das FMSG hat in seiner 33. Sitzung die jährliche Analyse zu Alternativen Investmentfonds (AIF) abgeschlossen. Dabei konnte das Gremium aus der Hebelfinanzierung der AIF keine maßgeblichen Systemrisiken im Finanzsystem oder wesentliche Risiken von Marktstörungen in einzelnen oder mehreren Marktsegmenten sowie für das langfristige Wirtschaftswachstum feststellen. Allerdings hat bei Immobilienfonds weiterhin eine hohe strukturelle Liquiditätslücke aufgrund der noch möglichen täglichen Anteilscheinrückgabe trotz illiquider Veranlagung bestanden, wobei die daraus resultierenden Risiken zu Finanzmarktstabilitätsrisiken beitragen könnten. Mit BGBl. I Nr. 198/2021 wurden jedoch in § 11 ImmoInvFG neue Liquiditätsbestimmungen eingeführt, welche die Liquiditätsinkongruenzen erst ab dem Jahr 2027 adressieren. Das Gremium empfahl den betroffenen Fonds, diesen Zeitraum für einen möglichst friktionsfreien Übergang zu nutzen.

Veröffentlichungen auf der Homepage des FMSG

Auch im Jahr 2022 hat das FMSG durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen, Empfehlungen und des Berichts zum Jahr 2021 seine Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, in deren Auftrag es handelt, wahrgenommen. Zudem will das Gremium damit einen Beitrag zur Verbesserung des Informationsstands zum Thema makroprudenzielle Aufsicht leisten.

Ausblick

Im Jahr 2023 wird das Gremium weiterhin die Entwicklung der Systemrisiken aus der Finanzierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien genau verfolgen. Insbesondere wird das Gremium die Wirkungsweise der KIM-V genau beobachten. Ebenso im Fokus stehen werden die quartalsweise Empfehlung zum Antizyklischen Kapitalpuffer sowie die jährliche Evaluierung des O-SII Puffers und der Hebelfinanzierungen von Alternativen Investmentfonds.

Evaluierung der Erreichung der makroprudenziellen Zwischenziele

Das Gremium kam in seiner jährlichen Evaluierung der in der makroprudenziellen Strategie festgehaltenen Zwischenziele zum Ergebnis, dass die im Jahr 2022 gesetzten Maßnahmen auch vor dem Hintergrund des von dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, der hohen Inflation und Unsicherheiten geprägten Umfelds adäquat für die Erreichung seiner Zwischenziele sind.

Eindämmung von übermäßigem Kreditwachstum

Zum Zwischenziel der Eindämmung von übermäßigem Kreditwachstum hat das Gremium festgestellt, dass das Kreditwachstum weiterhin nicht exzessiv ist und folglich den AZKP unverändert bei 0% belassen. Aufgrund der durch die hohe BIP-Volatilität abgeschwächten Aussagekraft des Hauptindikators wurde die Methodik eingehend diskutiert. Mittels der verbindlichen Umsetzung der kreditnehmer:innenbezogenen Maßnahmen wurden die exzessiven Aspekte der Immobilienkreditvergabe adressiert.

Eindämmung von übermäßigem Liquiditätsrisiken

Aufgrund seiner Liquiditätspuffer und Ausstattung mit Sicherheiten hat der österreichische Bankensektor die Rücknahme der großzügigen Liquiditätsversorgung durch die Notenbanken - angesichts der hohen Inflation – bislang gut verkraftet. Der Zugang zu Refinanzierungen hat sich auch mit einem Rekordvolumen an Emissionen österreichischer Banken im Jänner 2023 bestätigt. Allerdings haben die jüngsten Ereignisse um die Silicon Valley Bank und die Credit Suisse deutlich gemacht, wie rasch sich mangelndes Vertrauen auf den Zugang zu Refinanzierungsmärkten auswirken können und wie wichtig die Qualität der Aktiva und das Geschäftsmodell für eine Refinanzierung zu kompetitiven Kosten sind.

Begrenzung von Risikokonzentrationen und Fehlanreizen

Der Systemrisikopuffer und der Puffer für systemrelevante Institute (OSII-Puffer) adressieren die Zwischenziele der Begrenzung von Risikokonzentrationen und der Auswirkungen von Fehlanreizen. Das FMSG hat im Jahr 2022 beide Puffer neu evaluiert und die additiven Erfordernisse vorerst mit zusätzlich 0,5 Prozentpunkten begrenzt sowie eine schrittweise Anpassung bis zur Erreichung der vollen Höhe empfohlen.

Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Finanzinfrastrukturen

Der integrierte Ansatz bei der Kapitalpufferevaluierung zielt auf die Konsistenz zwischen makroprudenzieller Aufsicht, Abwicklung und Einlagensicherung ab. Die umsichtige Pufferkalibrierung mit Berücksichtigung von Zweitrundeneffekten trägt wesentlich zu einer höheren Resilienz von wichtigen Finanzinfrastrukturen bei. Vier erfolgreich abgewickelte Einlagensicherungsfälle seit dem Jahr 2020 haben die Einschätzung des Gremiums bestätigt, dass die Finanzierungskonzepte der Einlagensicherungen systemrisikomitigierend sind und die Wahrscheinlichkeit von Ansteckungen anderer Banken und der Unterstützung durch die Steuerzahler:in reduziert wurden.

Minimierung von Informationsdefiziten

Durch die Veröffentlichungen von Presseaussendungen und Empfehlungen, in denen die für das Gremium relevanten Themen und seine Beweggründe gegenüber der Öffentlichkeit transparent gemacht wurden, hat das FMSG auch im Jahr 2022 einen Beitrag zur Reduktion von Informationsdefiziten geleistet.

Über das FMSG

Aufgaben des FMSG

Das FMSG wurde zur Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und zur Förderung der Finanzmarktstabilität eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören gemäß § 13 Abs. 3 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) (i) die Erörterung der für die Finanzmarktstabilität maßgeblichen Sachverhalte, (ii) die Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches in Normal- und Krisenzeiten, (iii) gutachterliche Äußerungen, Empfehlungen und Aufforderungen im Zusammenhang mit merklichen Änderungen in der Intensität des systemischen Risikos oder von prozyklisch wirkenden Risiken und zur Einschätzung möglicher erheblicher Auswirkungen auf die Finanzstabilität im Rahmen der Abwicklung von Banken, (iv) die Abgabe von Empfehlungen an die FMA und Risikohinweisen, (v) die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB und (vi) eine jährliche Berichterstattung an den Nationalrat und den Bundesminister für Finanzen.

Die zentrale Kompetenz des FMSG ist es, in Anlehnung an das Instrumentarium des ESRB in einem transparenten Verfahren den auf Grund der laufenden Überwachung der Finanzmarktstabilität durch OeNB und FMA identifizierten Gefahren mit Empfehlungen und Risikohinweisen entgegenzuwirken. Dabei wird die institutionalisierte Verzahnung der laufenden makroprudenziellen Überwachung durch die OeNB mit den Aufsichtsagenden der FMA und dem für den Regulierungsrahmen zuständigen BMF gewährleistet. Die Einbindung von Mitgliedern des Fiskalrates stellt die Berücksichtigung der allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Ziele nachhaltiger öffentlicher Haushalte sicher. Das Finanzmarktstabilitätsgremium tagt mindestens viermal im Kalenderjahr, bei Bedarf öfter.

Mitglieder des FMSG

Vorsitzender

Mag. Alfred Lejsek (BMF)

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Alfred Katterl (BMF)

Mitglieder

Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt (Fiskalrat)

Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber (OeNB)

Dipl.-Kfm. Dr. Eduard Müller, MBA (FMA)

Dr. Elisabeth Springler (Fiskalrat).

Stellvertretende Mitglieder

Mag. Helmut Ettl (FMA),

Mag. Karin Fischer (BMF),

Dr. Beate Schaffer (BMF),

Dr. Ulrich Schuh (Fiskalrat),

Priv.-Doz. Mag. Dr. Markus Schwaiger (OeNB),

Mag. Harald Waiglein (Fiskalrat).

Die Sekretariatsfunktion des FMSG wird von der OeNB wahrgenommen und von Mag. David Liebeg und MMag. Peter Strobl koordiniert.